Zusammenfassung des Webinars

Debattenkultur und politische Abgrenzungen in der Friedensbewegung

von der Initiative Frieden-Links am 16.11.2022

Inhalt

Einleitende Beiträge

Seite 2: **Hannes Hofbauer**
zur aktuellen Chronologie von Leugnungsverboten zu offenen Zensurmaßnahmen

Seite 4**: Christiane Reymann**
zum Umgang mit Differenzen in der Friedensbewegung

Seite 7: **Karl-Heinz Peil**
zu Feindbildern, Diffamierungen und eigenen Leitbildern

Seite 15: **Zusammenstellung aus der Diskussion und dem Chat**

Seite 19: **Anhang: Buchauszug aus „Zensur“ von Hannes Hofbauer**

Kontakt für Rückmeldungen und weitere Diskussionsbeiträge: info@frieden-links.de

Text der Einladung zum Webinar:

Aufgrund der sich neu formierenden Protestbewegungen gegen die dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Wirtschaftskrieges gegen Russland werden friedenspolitische Forderungen in neuen Konstellationen vorgetragen. Damit werden auch Abgrenzungsdebatten reaktiviert, wie sie seit der Ukraine-Krise 2014 mit Schlagwörtern wie Rechtsoffen, Verschwörungstheoretiker und Querfront erfolgen. Aktuell betrifft dieses vor allem die Zusammenarbeit mit Kräften, die aus der Kritik an der Coronapolitik der Bundesregierung hervorgegangen sind. Wir wollen mit unserem Webinar einen Prozess anstoßen, mit dem eine Reflexion über eigene Grundsätze und daraus resultierende Kriterien für eine Zusammenarbeit bei neuen Protestbewegungen erfolgen kann. Dieses muss einher gehen mit einer Wiederherstellung der früheren Debattenkultur.

Hannes Hofbauer:
Zur aktuellen Chronologie von Leugnungsverboten zu offenen Zensurmaßnahmen

(Transkription und redaktionelle Bearbeitung: Karl-Heinz Peil)

Ich bin politisiert worden in der Friedensbewegung 1980-1981, wo wir auch in Österreich sehr aktiv waren.

Wir erleben derzeit eine starke Einengung des Diskussionsraumes: Dieser wird staatlich und vor allem durch die EU betrieben und ist eine Vorstufe von Zensurmaßnahmen, um herrschende Narrative zu verankern bzw. zum Durchbruch zu bringen. Dieses zeigt immer auch die Schwäche von Eliten, die zu diesem Instrument der Herrschaftssicherung greifen müssen.

Die ersten Anzeichen dafür habe ich 2008 registriert, als die EU in einem Rahmenbeschluss den einzelnen Mitgliedsländern Leugnungsverbote für **Völkermord und Kriegsverbrechen** nahegelegt hat. Dabei stellt sich natürlich die Frage: Wer definiert, was ein Völkermord oder ein Kriegsverbrechen ist? Gedacht war dieses seinerzeit als fortgesetzte Einmischung in die jugoslawischen Zerfallsprozesse, die kulminierten mit dem NATO-Krieg gegen Serbien 1999. Dieses unterbindet nicht nur die politische Debatte, sondern bremst auch die wissenschaftliche Forschung. Dieser Beschluss wurde dann als Gesinnungsparagraph umgesetzt, was in den 10er Jahren immer mehr an Fahrt aufgenommen hat. Vor allem in osteuropäischen EU-Ländern wurde das auf die **Leugnung *kommunistischer Verbrechen*** bzw. Genozid ausgelegt, wobei auch hierbei die Frage zu stellen ist, was genau darunter zu verstehen ist. In der Ukraine ist es strafbar, den Holodomor zu leugnen, d.h. das Massensterben durch die Hungerkatastrophe in den 30er Jahren, als eine gezielt gegen die Ukraine gerichtete Aktion Stalins.

So haben sich diese Leugnungsverbote breit gemacht.

Im **Oktober 2022** hat die deutsche Bundesregierung eine Verschärfung dieses Rahmenbeschlusses im Bundestag durchgesetzt, wonach jeder strafbar sein kann, der russische Kriegsverbrechen in der Ukraine leugnet. Seinerzeit wurde jedoch noch von der EU zugrunde gelegt, dass ein internationaler Gerichtshof bezüglich der entsprechenden Definition für juristische Grundlagen sorgt. Jetzt kann hingegen in Deutschland jeder Streifenpolizist einen Menschen zur Anklage bringen, von dem er meint, er leugne ein russisches Kriegsverbrechen.

Diese Leugnungsverbote sind Vorboten einer umfassenden Zensur. Im Zuge dessen ist seitens der EU seit der Ukrainekrise 2014 die Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt worden. Bereits 2015 hat die EU deshalb eine **strategische Task Force** eingesetzt, die seitdem in jedem EU-Mitgliedsland tätig ist und beobachtet, wie missliebige Meinungen insbesondere zu den Donbass-Republiken sich entwickeln. Das EU-Parlament hat im November 2016 eine Resolution verabschiedet, in dem islamische Terroristen und Russland gleichgesetzt wurden als Träger von Desinformationen, denen man entgegen treten müsse, quasi zur Durchsetzung des EU-Narrativs zum Ukraine-Konflikt. Deutschland hat dann die gesetzlichen Grundlagen im digitalen Raum verschärft mit dem 2017 beschlossenen **Netz-Durchsetzungsgesetz** (NetzDG), gegen die Proteste der digitalen Medienkonzerne. Die Aufgabe, missliebige Meinungen zu löschen, wurde damit von staatlicher Seite an private Konzerne abgegeben.

Auf EU-Ebene wurde 2018 eine dem NetzDG vergleichbares Gesetz auf den Weg gebracht.

Nächste Etappe war dann der **Medien-Staatsvertrag 2020**. Dort ist auch erstmalig von „*Wahrheit*“ die Rede, die überprüft werden müsse, was an das Orwell’sche Wahrheitsministerium erinnert. Praktische Konsequenz waren die Zensurmaßnahmen gegen russisch finanzierte Medien, RT und Sputnik, insbesondere RT Deutsch.

RT Deutsch hat die Corona-Maßnahmen hat die Kritik stark gefördert. In Russland war diese Kritik nicht in den Medien, d.h. der Umgang mit den Corona-Kritikern betraf nicht nur uns.

RT Deutsch war im ersten Halbjahr 2021 mit über 600.000 Abonnenten extrem stark verankert mit unabhängigen Screening-Agenturen mehr Zugriffe als Bild und Tagesschau gemeinsam. Die ersten Maßnahmen gegen RT Deutsch erfolgten im September 2021 durch die Löschung des Kanals von RT Deutsch. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg hat Ende 2021 RT vom Orbit genommen, indem eine serbische Satellitenlizenz ohne gesetzliche Grundlage für unwirksam erklärt wurde. Das offizielle Zensurschreiben für RT Deutsch kam am 2. Februar 2022, d.h. bereits Wochen bevor die russische Armee in die Ukraine einmarschiert ist. Nach dem russischen Einmarsch wurde dann von der EU RT Deutsch in allen Varianten verboten. In Österreich wurde im April d.J. ein Zusatzgesetz erlassen, das die Weitergabe von RT-Links strafbar ist. Die Schweiz beteiligt sich nicht an den Sendeverboten.

Ähnlich verfahren wurde von der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg mit dem reichweitenstarken Medium **KenFM**, das im Mai 2021 über 3 Millionen Zugriffe erzielte, vor allem wegen der Kritik an dem Corona-Narrativ, aber auch wegen Positionen zu Russland.

Soweit ein kurzer Überblick.

Siehe dazu auch die Anlage: Zensurmechanismen im digitalen Zeitalter (Buchauszug)

Christiane Reymann:

Zum Umgang mit Differenzen in der Friedensbewegung

Die Friedensbewegung ist keine Kassandra. Sie ist eine Bewegung für das Leben – und das möglichst freundlich und schön. Doch ihre Warnungen sind so berechtigt wie erschreckend. Wir stehen tatsächlich am Rand eines großen Krieges; wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so hat uns das der Raketeneinschlag auf polnischem Gebiet gezeigt. Angesichts der Monstrosität der propagierten Feindbilder kann ein noch größerer Krieg auf Europäischem Boden willentlich, durch ein Missverständnis oder auch eine Provokation ausgelöst werden. Deshalb ist die Friedensbewegung so wichtig und ihre derzeitige Schwäche so ernst.

Differenzen, oft tiefgehende Konflikt, hatte die Friedensbewegung immer. Sie war nie *Frieden-Freude-Eierkuchen*. Auf zwei Konflikte möchte ich eingehen, indem ich die Geschichte der Bundesrepublik West schlaglichtartig beleuchte: National oder nationalistisch? Und: Gute Beziehungen von Krieg und Frieden, Demokratie, Soziales und Ökologie - oder Fragmentierung?

Nationale Interessen?

Wenn ich gleich die VVN-BdA zitiere, will ich sie nicht „schlecht machen“. Ich teile nur ihre derzeitige politische Linie nicht. In ihrem Flyer für den Aktionstag am 19.11.2022 steht geschrieben: „*Die Rechte reduziert die komplexe Krisenlage auf eine Frage nationaler Interessenpolitik*“; genannt werden dann explizit „*Weg mit den Sanktionen gegen Russland*“ und „*Nord Stream 2 ans Netz*“.

Diese Polemik gegen nationale Interessenpolitik ist bemerkenswert, stand jene doch an der Wiege der westdeutschen Friedensbewegung: Gegen Westbindung und Wiederbewaffnung bildete sich die *Ohne-mich*-Bewegung, nach der Stalin-Note von 1950 die Initiative: *Deutsche an einen Tisch*, dann als Partei der *Bund der Deutschen* mit dem ehemaligen Zentrums-Politiker und Reichskanzler Joseph Wirth an Spitze und Kommunisten unter den Mitgliedern. Der Bund der Deutschen ging später auf in der Deutschen Friedensunion (DFU), die vor allem organisatorisch zu den Initiatorinnen des Krefelder Appells gehörte.

Nun kann man einwenden: *Ja damals…aber heute ist alles anders*. Was soll denn anders sein? Haben sich Westbindung und NATO als förderlich für den Frieden erwiesen? Ersetzt eine „gute“ EU den „schlechten“ Nationalstaat? Wohl kaum. Die EU ist antidemokratisch und militaristisch, sie knebelt die kleineren Länder, siehe die Griechenlandkrise, und begünstigt die reichen EU-Länder wie Deutschland.

Ich habe mich gefragt: Wann wurde eigentlich von links ein positiver Bezug auf nationale Interessen negativ konnotiert und ins Nationalistische gewendet? Meiner Erinnerung nach mit der deutschen Vereinigung und der Bildung der Antideutschen Gruppierungen und Akteure. Sie und die Leitmedien liefern sich seitdem gegenseitig die Stichworte von *Querfront, Verschwörungstheorien, Putin-Versteher, Schwurbeler* usw. Bei der Unterstützung der Politik des Staates Israel (und der USA) zu landen, ist sicherlich nicht internationalistisch. Und eine Friedensbewegung, die die wesentlichen Verursacher von Krieg und Zerstörung weltweit benennt und zu stoppen versucht – und das sind vor allem die USA und die NATO - blickt über den Tellerrand nationaler Selbstgenügsamkeit hinaus und ist sicherlich nicht nationalistisch.

Über Jahrzehnte gab es in der alten BRD Kräfte in der Friedensbewegung, die gegen die Atombewaffnung, aber für die NATO waren. Ähnlich heute: Zum Beispiel ein Harald Kujat, der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, will die NATO nicht abschaffen, aber er will keine Feindschaft mit Russland. Eine derartige Position sollte eine Bewegung nicht nur aushalten, sondern wertschätzen.

Die Friedensbewegung hat ständig neue Impulse bekommen und aufgenommen. So ging in der Zeit der antikolonialen Befreiung, im Protest gegen den Vietnamkrieg, im Versuch der Selbstbehauptung Lateinamerikas die internationale Solidarität in den Erfahrungsschatz der Friedensbewegung ein.

Im Kampf gegen die damals NS-Gesetze genannten Notstandsgesetze 1958-1968 haben Friedens- und Demokratiebewegung ein enges Verhältnis miteinander entwickelt, bald auch wieder im Kampf gegen die Berufsverbote. Den größten Einschränkungen der Grundrechte gegenüber im Zuge der Corona-Maßnahmen blieb die Friedensbewegung allerdings sprachlos oder verfiel in die Terminologie (und Denkungsart?) der Leitmedien mit Begriffen wie *Querdenker, Schwurbeler* usw.

Frieden und Soziales

Mit der Verbindung von Friedens- und einer Bewegung für soziale Rechte war und ist es schwierig. Dafür müssen auch Gewerkschaften gewonnen werden und früher auch die SPD. Beide waren in jungen Jahren der BRD gegen die Westbindung, bis die SPD 1959 mit dem Godesberger Programm den NATO-Beitritt ermöglicht und die nach Hunderttausenden zählenden Bewegung „*Kampf dem Atomtod*“ verlassen und marginalisiert hat. Zu einer Wiederannäherung kam es in der Phase der Entspannungspolitik. Die ist bekanntlich leider vorbei.

Zu diesem Webinar heute haben wir von *frieden-links* eingeladen. Wir sind zutiefst überzeugt, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen. Aber wir halten es aus Erfahrung für vollkommen daneben, Kapitalismuskritik oder gar die „richtige“ Kapitalismuskritik zur Voraussetzung für einen „Beitritt“ zur Frie-

densbewegung zu machen. Die Friedensbewegung braucht Partner. Bei der Suche nach ihnen müssen wir uns nicht abgrenzen gegen alle, die nicht im Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung (oder zwischen Lohnarbeit und Kapital) die Ursache unserer gesellschaftlichen Probleme sehen.

Wir halten es aber für notwendig, die Bewegungen für Frieden, Soziales und Ökologie einander anzunähern. Jetzt möchte ich nur kurz etwas zu Frieden und Soziales sagen: Anstatt nach dem Gemeinsamen in deren Interessen zu suchen, gibt es nicht nur seitens der SPD und der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch unter sich links verstehenden Kräften ein Bemühen der Abgrenzung des Sozialen zur Friedensfrage. Die Partei Die Linke etwa thematisiert ich ihrer aktuellen Sozialkampagne zwar die notwendige Entlastung von BürgerInnen, sie fordert die Besteuerung von Reichen und ist gegen die hohen Rüstungsausgaben - aber sie schweigt zu den Sanktionen. Dabei sind Sanktionen eine Form des Krieges. Und ohne Aufhebung der Sanktionen wird es nach einem Frieden zwischen Russland und der Ukraine auch keine günstige Energie und keine Wiederherstellung von unterbrochenen Rohstofflieferungen und Lieferketten geben.

Der Krieg Russlands ist schrecklich, er verursacht großes Leid, namentlich in der Ukraine, aber auch in Russland. Doch er ist nicht Ursache der hohen Energiepreise und sozialen Verwerfungen in Deutschland. Er ist noch nicht einmal die Ursache der aktuellen Aufrüstung. Dafür lagen die Beschlüsse längst vorher in den Schubladen.

Deshalb muss der Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit verwoben werden mit Kampf gegen Kriegslogik und gegen die deutsche Kriegsbeteiligung. Je mehr sich die Kriegslogik fortsetzt, desto geringer die Spielräume für Soziales.

Als Linke in der Friedensbewegung wollen wollen wir Bewegungen und Akteure für Soziales, für Ökologie, für Demokratie und Frieden zusammen bringen. Das gelingt höchstens ansatzweise und diese Schwäche hat viele Ursachen. Nicht unwichtig ist hierbei die verbreitete Diffamierung statt des Versuchs, einander zu verstehen, die Ausgrenzung statt aufeinander zuzugehen, Zensieren statt miteinander zu reden. Das wollen wir überwinden und das wiederum ist oft sehr, sehr schwer. Aber miteinander können wir es uns etwas leichter machen.

Beitrag von Karl-Heinz Peil zum Webinar der Initiative Frieden-links am 16.11.2022 zu Abgrenzungsdebatten: **Feindbilder, Diffamierungen und eigene Leitbilder**

Eigene Beiträge zu dieser Thematik:

2022:
Der Feind in meiner Diskussion
Einen emanzipatorischen Anspruch haben viele in der Politik. Doch ihnen steht der Niedergang der Debattenkultur im Weg. Was nun getan werden kann
Telepolis vom 1.2.2022
https://www.heise.de/tp/features/Der-Feind-in-meiner-Diskussion-6343611.html
erschien auch im FriedensJournal Nr. 1/2022 unter dem Titel:
Feindbilder und allgemeine Debattenkultur
https://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2022-1_Web.pdf#page=12

2018:
Marxistische Blätter Nr. 6-2018:
Gemeinsame und unterschiedliche Positionen in der Friedensbewegung
PDF-Fassung unter: https://frieden-links.de/materialien-abgrenzungsdebatten/

2017:
Ist der antifaschistische Konsens in der Friedensbewegung gefährdet?
Eine Flugschrift zu Querfrontdebatten,Diffamierungen und Medienkompetenz
https://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/2017/2017-02_Peil_Flugschrift_Querfrontdebatte.pdf

Der äußere Feind: ein Psychopath

Als langjährig verantwortlicher Redakteur des zweimonatlich erscheinenden FriedensJournals habe ich immer inhaltliche Schwerpunktsetzungen eingebracht. Die Rolle der Medien war hierbei schon immer ein wichtiges Thema.
Eine Ausgabe aus dem Jahr 2012 zeigt bereits ein sich wiederholendes Muster: Ein neuer Hitler stellt für uns außenpolitisch eine Bedrohung dar. 1999 war es Milosovic, (Krieg gegen Serbien), 2003 Saddam Hussein (Krieg gegen Irak) und 2012 Ahmadineschād (Kriegsdrohungen gegen Iran).
Eine Ausgabe aus dem Jahr 2014 (nach Beginn der Ukraine-Krise) zeigt eine mehr subtile Form der Dämonisierung. Die abgebildeten Politiker-Portraits wurden auf der Photokina 2012 gezeigt. In der oberen Reihe drei „Lichtgestalten“: Benjamin Netanjahu, George W. Bush und Barack Obama. In der unteren Reihe drei „Dunkelmänner“: Mahmud Ahmadinedschad, Hugo Chavez und Wladimir Putin.
Man beachte auch gängige sprachliche Wendungen: In den Medien ist immer von dem „US-Präsidenten“ und gleichzeitig von dem „Kreml-Chef“ die Rede.
Die Ausgabe vom März 2022 zeigt eine Collage von Titelseiten bzw. Titelschlagzeilen aus Medien, die alle Ende Januar zusammen gestellt worden sind.

Der Feind im Inneren: Sozialpsychologisch typisiert

Aus der Veranstaltungsankündigung:

Der freie Journalist Martin Steinhagen befragt Professor Oliver Nachtwey zu den Ergebnissen neuester sozialpsychologischer Studien im Querdenker- und AfD-Milieu.

Fakten und Hypothesen zu einem Typus des Demokratie-Gefährders, der erst in jüngerer Zeit in großer Zahl auffällig geworden ist, werden vorgestellt und diskutiert.

Professor Nachtwey attestiert diesen Menschen »libertären Autoritarismus« - man könnte sie auch »Egomanen der Freiheit« nennen.

In direkter Fortsetzung des äußeren Feinbildes wird zunehmend der Feind im Inneren bestimmend an Stellen, wo eigentlich ein offener politischer Diskurs gefragt wäre.
Während der äußere Feind personalisiert wird durch einen vermeintlichen Psychopathen, werden im Inneren bestimmte gesellschaftliche Bewegungen mit sozialpsychologischen Typisierungen stigmatisiert.
Hierbei entsteht eine gemeinsame Schublade für soziale Bewegungen, Protestwähler und rechtsextreme Trittbrettfahrer politischer Entwicklungen.
Die politischen Hintergründe, die einen umfassenden gesellschaftlichen Diskurs benötigen würden, bleiben dabei außen vor. Beispielhafte Fragen:
Warum wählen so viele Menschen die AfD?
Was ist die politische Bandbreite bei denjenigen, die in den letzten zweieinhalb Jahren gegen die offizielle Corona-Politik protestiert haben?

Der Feind im Inneren: Personelle Zielscheiben

Der Politologe Johannes Hillje über Strategien der Rechten, Identitätspolitik, einen vermeintlich deutschen Lebensstil – und Sahra Wagenknecht.
(FR vom 6.11.2022)

AfD und Wagenknecht sprechen zum Teil das gleiche Milieu an. … Wagenknechts Behauptungen decken sich mittlerweile stark mit den Narrativen der AfD. ...

... Sie ist zu einer Ikone im rechtsradikalen Milieu geworden – das kommt nicht von ungefähr.

... Sahra Wagenknecht stellt sich in den Dienst einer extrem rechten Partei.
Sie behauptet auch, die Grünen seien die gefährlichste Partei im Bundestag – was im Umkehrschluss heißt, dass dies nicht die AfD ist. Eine krasse Verharmlosung.

Neben der sozialpsychologischen Typisierung als innenpolitisches Feindbild ist es bereits seit Jahren eine gängige mediale Praxis, exponierte politische Persönlichkeiten zu diffamieren. Ein Beispiel dafür ist Sahra Wagenknecht. Noch mehr als in den „Mainstream“-Medien ist sie innerhalb der Partei Die Linke seit einigen Jahren die Zielscheibe von immer unflätiger werdenden Beschimpfungen, die nichts mehr mit einem politischen Diskurs zu tun haben.
Ein anderes Beispiel ist Ken Jebsen, der vor einigen Jahren regelrecht „abgeschossen“ wurde. Dieses erfolgte nach dem mittlerweile gängigen Muster, dass vorhandene Kritikpunkte – die man auch solidarisch-kritisch aufgreifen könnte – als Ausgangspunkt für Diffamierungen genommen werden.
Im Fall von Ken Jebsen wurde dabei besonders der „Kontaktschuld-“Vorwurf strapaziert.

Auseinandersetzung in der Friedensbewegung: 2014 - 2022

Aus dem Rundbrief des Hamburger Forums Nr. 6-14:

Dass Aktive aus unterschiedlichen Gruppen mit uns zusammenarbeiten, heißt nicht, dass wir uns deren Positionen alle zu eigen machen. …

Wir möchten euch einladen, eure Probleme mit unserer Position – mündlich oder schriftlich – mit uns direkt zu diskutieren.
Auch wenn wir nicht erwarten, dass dadurch alle Differenzen ausgeräumt werden, könnte ein respektvoller, der Friedensbewegung angemessenerer Umgang dazu beitragen, dass die Differenzen nicht noch vertieft und emotionalisiert werden.

Hamburger Forum

Rundbrief 7-22

www.hamburgerforum.org

Der „Kontaktschuldvorwurf“ ist nicht neu, sondern war mit anderen Vorzeichen schon von jeher ein Herrschaftsmittel, um sich nicht inhaltlich mit der Opposition auseinandersetzen zu müssen.

Es werden tatsächliche oder vermeintliche Faschisten oder Islamisten oder Putinisten (und früher oftmals Kommunisten) mit oppositionellen Gruppen in Verbindung gebracht.
Dann schlägt man auf erstere drauf und trifft damit zweitere. Die Argumente der Opposition werden dabei bewusst ausgeblendet und verschwiegen ….

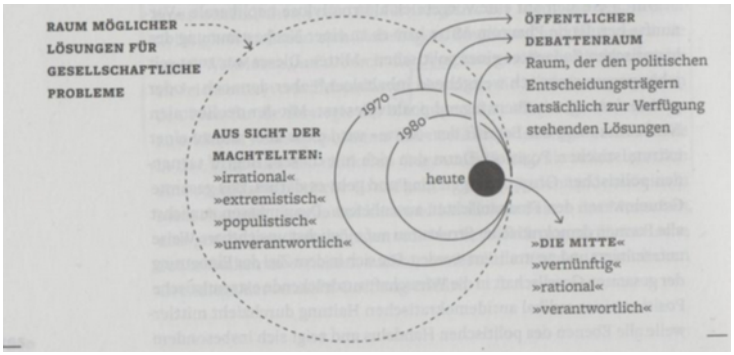
Die beiden Textauszüge aus Rundbriefen des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung stehen exemplarisch für Versuche, eine konstruktive Debatte mit Vorwürfen in der Art von „Kontaktschuld“ herbeizuführen. Auffällig ist, dass die ausgewählten Textpassagen von 2014 und 2022 fast austauschbar sind.
Festgehalten werden muss:
In schriftlicher Form, z.B. E-Mail-Verteiler, ist bei diesen Streitthemen praktisch keine Kommunikation möglich, da offenbar fast immer eine Einbahnstraße.
Seit 2014 gab es mehrere Anläufe zu Gesprächsrunden, die fast alle im Sande verlaufen sind. Eine Ausnahme davon war lediglich ein sehr konstruktives Gespräch, das Ende 2018 im Berliner Büro der Naturfreunde stattfand. Die für eine Versachlichung der Rechtsoffenheit-Vorwürfe vertretenen Personen waren auch im August 2020 Mit-Initiatoren von frieden-links.
Von Seiten derer, die mit Diffamierungen arbeiten, ist in aller Regel kein Dialog gewünscht.

Thomas Moser: Gegen die Teuerung, aber nicht gegen den Krieg?
(Zu den Demos am 22.10.2022)

Warum kann ein Bündnis aus DGB, Verdi, BUND, Greenpeace, attac, Campact oder Paritätischem Wohlfahrtsverband nicht mehr überzeugend mobilisieren? Weil das Publikum erkannt hat, dass mit einer Parole wie der vom „Solidarischen Herbst“ nur die – Achtung Modewort! – „hybride“ Kriegsunterstützung ummäntelt und der Begriff „Solidarität“ zweckentfremdet wird, was ganz nebenbei an die Corona-Politik erinnert?
Auffällig ist, dass nahezu dieselben Gruppierungen, die diese Corona-Politik kritiklos unterstützten, nun die Kriegspolitik kritiklos mittragen. Es ist – um im Bild zu bleiben – dieselbe Front.

Aktuell richten sich die Diffamierungen zunehmend gegen die Breite der klassischen Friedensbewegung. Insbesondere wegen der Enthaltsamkeit der Partei Die Linke, der Gewerkschaften und anderer Organisationen im Bündnis-Umfeld der Friedensbewegung wird bereits die Thematisierung der Friedensfrage als rechtslastig denunziert. Friedenspolitisches Engagement wird auf der Straße quantitativ vor allem bei denjenigen Gruppierungen sichtbar, die bereits gegen die Corona-Politik protestierten.
Bei den Gewerkschaften gibt es glücklicher weise aber starke Strömungen, die sich für eine Verknüpfung von sozialer und Friedensfrage einsetzen – auch als Analyse der relativ schwachen Resonanz zum 22.10.2022.

Quelle des o.g. Artikelbeitrages:
https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/verstaatlichte-proteste-die-dgb-sozialdemos-wenden-sich-gegen-teuerung-aber-nicht-gegen-den-krieg/
Verstaatlichte Proteste: Die DGB-Sozialdemos wenden sich gegen Teuerung, aber nicht gegen den Krieg



Zu Positionen, die in der radikaldemokratischen Tradition der Aufklärung stehen:
Um derartige Positionen aus dem „zulässigen" öffentlichen Debattenraum auszuschließen, erweisen sich Diffamierungsstrategien auf der Basis einer Verklammerungslogik von linken mit rechten Positionen als ausgesprochen erfolgreich. …

Aus:
Warum schweigen die Lämmer?
Von Rainer Mausfeld

… Zahlreiche Kernthemen der Linken, mit denen sich Resonanz in einer breiteren Öffentlichkeit erzielen lässt, sind von der neuen Rechten unter gleichsam umgekehrten Vorzeichen und mit gänzlich anderen Intentionen öffentlichkeitswirksam besetzt worden. Dazu gehören insbesondere Kritik der repräsentativen Demokratie, Imperialismuskritik, Medienkritik, Kritik von Demokratiedefiziten der EU bis hin zu Kapitalismus- und Kulturkritik generell.

Prof. Rainer Mausfeld hat bereits vor einigen Jahren in zahlreichen Vorträgen auf die Techniken der Meinungsmache und Manipulation von sozialen Bewegungen hingewiesen. Dieses reicht bereits lange Jahre zurück, wobei er in seinen Vorträgen den britischen Bergarbeiterstreik 1984/85 und die Umstände dessen Scheitern thematisiert. Wenn man soziale Bewegungen von ihren historischen Wurzeln abtrennt – so seine These – dann ist deren Marginalisierung vorprogrammiert.

Prof. Rainer Mausfeld hat gleichfalls – siehe die obige Grafik aus seinem genannten Buch – auf die seit Jahrzehnten systematisch betriebene Einengung des öffentlichen Debattenraumes hingewiesen.

Eigenes Selbstverständnis, Zusammenarbeit und Debattenkultur

Unser eigenes politisches **Selbstverständnis** beruht auf den Grundprinzipien

- Klassenperspektive
- Antimilitarismus
- Antifaschismus

frieden-links.de

Wir sind bereit zur **Zusammenarbeit** mit allen Menschen, die eintreten für

- gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen
- die Solidarität der Völker

Wir verstehen unter **Debattenkultur**:

- ein respektvoller persönlicher Umgang
- sachlich argumentieren und auf Gegenpositionen unverfälscht eingehen
- Gesprächsbeiträge nicht diffamierend in Schubladen einordnen

Zum eigenen Selbstverständnis der Initiative frieden-links kann man den Begriff **Klassenperspektive** (oder Klassenstandpunkt) verwenden. Dieses bezieht sich natürlich nicht auf Erwartungen an andere Strömungen in der Friedensbewegung sowie vorhandene und neue Bündnispartner. Insbesondere gilt das für neu aktiv werdende Menschen, die sich als „weder rechts noch links“ verstehen.

Auch der **Antimilitarismus** ist kein ausschließendes Kriterium. Wir wissen um zahlreiche Personen, die für eine Bundeswehr im Sinne von „Wehrhaftigkeit“ eintreten, aber sehr kritische Positionen zur NATO einnehmen. Deren Stimme hat vor allem wegen ihrer eigenen Bundeswehr-Vergangenheit ein großes Gewicht in öffentlichen Diskursen.

Der **Antifaschismus** war hingegen immer die verbindende Klammer der Friedensbewegung seit 1945. Wir verstehen hierbei aber vor allem die Betonung historischer Fakten und engagieren uns damit im öffentlichen Diskurs. Die Entkernung dieses elementaren Kriteriums von dem historischen Kontext durch das teilweise provokative Auftreten von Antifa-Gruppen ist jedoch ein großes Problem in aktuellen Auseinandersetzungen mit vermeintlich oder tatsächlich auftretenden Rechtsextremisten.

„Solidarität der Völker“: Dieses war Bestandteil eines 10-Punkte-Forderungs-kataloges des Weltfriedenskongresses im Jahr 1909 (!).

Zusammenfassung des Webinar-Diskussionsteils

Transkription, redaktionelle Bearbeitung und Chat-Einbindung: Karl-Heinz Peil

H.H.: Für einige Gegner und Herausforderer ist das Informationsumfeld heutzutage ein Wettbewerbsbereich. Diese Akteure verzerren es durch Falschinformationen und Desinformation sowie durch Täuschungen. Solche Techniken zielen darauf ab, manipulierte Informationen zu verbreiten, um das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben. Quelle: https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2439466/0852f283a611b62ee0c852a700c4a820/201202-reflexionsgruppe-ergebnisse-arbeitsuebersetzung-data.pdf

R.B.: https://nrw.diebasis.nrw/besuch-des-russischen-konsulats-in-bonn/

J.V.: Was hierzulande geduldet wird, ist z.B. das Ukrainisches Zentrum für Desinformation mit Liste von „Informationsterroristen", mit Namen wie Rolf Müzenich und Wolfgang Bittner. Es entsteht der Eindruck, dass wir in der Hand von Medienkonzernen sind. Wir brauchen Medienkompetenz. Zum Stichwort nationale Interessen: Diese werden im linken Spektrum zwanghaft mit unethisch konnotiert. Gleichzeitig besteht eine EU-Hörigkeit.

Beispiel: Video über Impf-Nebenwirkungen mit Prof. Burkhardt.
Chat: Dieser Vortrag wurde bereits im Status der Nicht-Listung – nach 40 Min. – auf YouTube gesperrt: https://odysee.com/@KCSB.TV:a/Prof.Arne.Burkhardt21.06.22:c Pathologische Untersuchungsergebnisse zu den als Impfstoffe bezeichneten Covid-19-Therapien – 21.06.22

Zum Thema Ukraine-Konflikt: https://www.youtube.com/watch?v=LXRIuVNGmds Doku: Lauffeuer - Eine Tragödie zerreißt Odessa zu Beginn des Ukrainischen Bürgerkrieges – 13.3.15

Chat: Beispiel für Diffamierungen:
https://www.zeit.de/kultur/2022-11/realitaetsverweigerung-aktivismus-ukraine-krieg-diskurs-rhetorik

M.B.: Medienkompetenz ist zu wenig. Zum Selbstverständnis der Antikriegsbewegung im Osten: Dort sind ganz andere Themen maßgebend: *Nordstream 2 aufmachen, Sanktionen beenden, den Krieg beenden*. Zum Umgang mit verschiedenen politischen Kräften: *Wir reden mit allen, so lange Parteipolitik draußen bleibt*. Wenn Handwerker und Unternehmer mit ihren Konsumenten und Kunden zusammengehen, kann daraus eine Volksbewegung werden.

U.A.: Die Erfahrungen auf der Straße zeigen, dass die Beziehungen zu den Gewerkschaften, der VVN-BdA u.a.gepflegt werden müssen, da diese Teil der Friedensbewegung sind. Wie kann man es anstellen, dass man wieder aufeinander zukommt?

A+K.: Wie weit geht Abrechnung nach rechts? Am 1.10. in Berlin war die Präsenz von Jürgen Elsässer problematisch, ebenso wie starke Präsenz von Rechten aus Sachsen, trotz der Distanzierung durch Karl Krökel, der jedoch Unsicherheiten hatte wegen des Interviews mit Jürgen Elsässer.

Chat: Florian Warweg hat einen sehr guten Hintergrundvortrag über die Beeinflussung und Funktionsweise der Presse gehalten. https://www.youtube.com/watch?v=JWdNWq98YUI

Wie verdreht ist es, dass die "antifa" zu den mordenden Nazis in der Ukraine schweigt?

Reiner Braun: Bei der Kundgebung in Dessau habe ich Karl Krökel davon abgeraten, mit Jürgen Elsässer ein Interview zu führen. Mehr war für mich auf der offenen Bühne während der Kundgebung nicht möglich. Das Interview wurde hinterher von ihm als Fehler angesehen.

B.S.: Wenn man sagt, dass Menschenrechte verteidigt werden, dann kann man nicht einen Interventionskrieg rechtfertigen, der massiv Menschenrechte verletzt.

Hannes Hofbauer: Mit wem sollte man auf die Straße gehen? In Österreich ist die ÖVP ist ähnlich wie die AfD in Deutschland. Wen Rechte gegen Sanktionen sind, dann heißt das nicht, dass man von dieser Forderung Abstand nehmen sollte, das wäre absurd. Zur Desinformation: In jedem EU-Land gibt es offiziell Initiativen gegen "*Desinformation*" (EU versus Desinfo), was praktisch heißt: Zensur. *Faktenchecker* sind dabei eine besondere Problematik. Ursprünglich kamen diese aus den USA 2003 zum Irak-Krieg und waren linksliberal ausgerichtet. Sie sind aber gekapert worden, wie bei allen größeren Bewegungen. *Faktenchecker* unterstützen den herrschenden Diskurs und greifend manipulierend ein, wenn dieser ins Wanken gerät.

Christiane Reymann: Ich habe auch Kontakt zu den Handwerkern für den Frieden. Grundsatz: *Wer betroffen ist, wer ehrlich ist und bereit ist sein bestes zu geben, der ist bei uns willkommen.* Verkürzt heißt das: Es geht immer um die Sache. Dass man bei Demos nicht verhindern kann, dass Menschen aus anderen Motiven teilnehmen, ist klar. Bei mehreren Demos für niedrige Energiepreise und für Verständigung mit Russland war für mich zu beobachten, dass die meisten Menschen ganz normale, einfache Leute waren. Man sieht bei solchen Demos auch Rechte im Hintergrund, wenn aber die Partei Die Linke durch Abwesenheit glänzt und Beschimpfungen wie bei Corona-Kritikern vornimmt, dann darf man sich nicht wundern, dass Rechte Zuspruch finden. Man muss mutig daran gehen und mit Menschen reden und sie ernst nehmen, auch wenn ich ihre Positionen nicht teile.

Karl-Heinz Peil: Die eingangs geäußerte Kritik an Sarah Wagenknecht bezog sich auf ihr Abdriften in das (klassisch) sozialdemokratische Milieu. Natürlich ist es aufgrund der Bündnisbreite der Friedensbewegung völlig unstrittig, dass diese hier eine wichtige Rolle spielt. Zum Hinweis auf die Handwerker, die sich als "weder rechts noch links" verstehen: Auch bei Mahnwachen 2014 war diese Aussage vielfach zu hören, was vielen Menschen aus der Friedensbewegung, die sich als links verstehen, sehr suspekt erschien. Allerdings hatte das damals (noch ohne AfD-Präsenz) einen anderen Hintergrund: Angesichts von Diffamierungen seitens von Antifa-Gruppen sowie aus dem Spektrum der Antideutschen gab es eine nachvollziehbare Positionierung vieler Mahnwachen-AktivistInnnen in der Art: *Wenn das links ist, dann bin ich nicht links.*

G.K.: Ich appelliere an die Partei Die Linke zum Aufräumen mit identitären Positionen. Die bisher vorsichtige Kritik an den Medien muss ausgeweitet werden, da die Gleichschaltung unerträglich geworden ist. Das Argument "*Das fordern auch die Rechten*" ist unsinnig. Man sollte auf AfD-Positionen verweisen wie zur sozialen Lastenverteilung und der Bundeswehr. Die Ursachen des Ukraine-Krieges müssen eingebracht werden. Geopolitische Änderungen müssen innerhalb der Partei Die Linke thematisiert werden, auch wegen Feindbilder.

D.H.: Corona-Politik wurde so gemacht, dass sich Menschen auseinander dividiert haben. Alle Corona-Kritiker wurden als Rechte und Nazis bezeichnet. Aktuell gehen wieder Menschen auf die Straße und werden in die rechte Ecke gestellt. Deshalb besteht auch die Angst bei vielen Menschen, mit der Friedensbewegung auf die Straße zu gehen. Presse muss an ihren Codex erinnert werden, der fast nirgendwo mehr eingehalten wird. Die Partei Die Linke hat am meisten gegen Ungeimpfte gewettert, im Unterschied zur AfD.

Wolfgang Gehrcke: Das bitterste für mich persönlich ist, wenn man in den eigenen Reihen behandelt wird wie ein politischer Gegner. Dieses reicht zurück bis zum Beginn der Ukraine-Krise. Mit meinem MdB-Kollegen Andrej Hunko war ich mehrfach im Donbass. Es gab dann einen Haftbefehl durch die Ukraine gegen uns wegen angeblicher Grenzverletzungen. Mit einem Hilfskonvoi hatten wir für 160.000 Euro Medikamente in den Donbass gebracht. Die schlimmste Form der Zersetzung kommt von Personen wie Olaf Scholz, den ich noch aus meiner Hamburger Zeit kenne. Früher mal gehörte er bei den Jusos zum Stamokap-Flügel, jetzt ist er rechts gelandet. Solche persönlichen Entwicklungen machen die Linke kaputt. Für die Friedensbewegung ist es vorrangig, sich nicht an schmutzigen Abgrenzungsdebatten zu beteiligen.

S.W.: Der herrschaftsfreie Diskurs von Habermas heißt: Es zählt das politische Argument und sonst nichts. Unsere derzeitige Debattenkultur entspricht dem überhaupt nicht mehr. Auch Rechte muss man menschlich respektieren, auch wenn man in einigen Punkten anderer Meinung ist. Der ganze Diskurs ist mit Herrschaftsinteressen durchsetzt. Bezüglich der Handwerker-Friedensinitiative gilt: Linke haben Arroganz gegenüber dem "Pöbel".

M.A.: Ich organisiere jede Woche Demonstrationen der Demokratiebewegung in Düsseldorf, als früheres Mitglied der Grünen. Werde zwar extrem diffamiert von der Linksfraktion, erlebe aber auch eigene Bedrohung durch Rechtsextremisten. Wir grenzen Rechte bei Demos aus. Diese sind aber mit ihren Versuchen, unsere Aktionen zu kapern, eine reale Gefahr um uns zu delegitimieren. Dazu eine aktuelle Pressemitteilung über Rechtsextremisten: https://www.ddorf-aktuell.de/2022/11/13/duesseldorf-700-teilnehmer-bei-protestlern-von-rechtsaussen-am-sonntag/

R.K. Es geht gar nicht, dass Corona-Kritiker als Rechte bezeichnet werden. Friedensbewegung und Corona müssen aber verschiedene Themen bleiben. Natürlich ist aber kein Problem, wenn Leute von der Partei DieBasis mit Friedenstransparenten mit dabei sein.

In 80er Jahre wurden immer breite Bevölkerungskreise angesprochen, auch solche die nicht unbedingt einen Klassenstandpunkt vertreten haben. Reichsbürger und AfD-Symbole haben aber nichts bei uns verloren. Härtere Auseinandersetzungen müssen mit den Antideutschen geführt werden. Dieses zeigt auch das jüngste Beispiel aus Leipzig, wo die Aufführung des Ukraine-Films von Oliver Stone von diesen Kräften gestört wurde.

B.F.: Ich bin von der Freien Linke Berlin. Wir haben zwei Jahre Krieg nach Innen gehabt, gegen die eigenen Menschenrechte. Wenn Coronakritiker nicht mehr von links beschimpft werden, dann wäre ein Zusammenschluss problemlos. Unterwanderung gibt es, aber Corona-

Kritiker sind nicht AfD-affin. Wir haben nur das Bashing durch Medien erlebt, genau so wie 2014 gegen Mahnwachen.

E.J.: Man darf keine Friedensbewegung nach links oder rechts stellen. Aktuell haben wir es in Magdeburg erlebt, dass hunderte Menschen mit "*Deutschland zuerst*" an uns vorbei gelaufen sind. Unterstützung durch örtliche Linkspartei ist nicht vorhanden, sondern habe mir eine ziemliche Abfuhr eingeholt. Montagsdemos mit derzeit ca. 50 Teilnehmenden wächst langsam. Bei uns gibt es auch die BI Offene Heide (gegen das Bundeswehr-Übungszentrum in Sachsen-Anhalt). Wir sollten beim nächsten Mal darüber reden, wie man konkret mehr von den Massen gewinnen kann. Wir müssen den Klimakampf mit Friedenskampf verbinden. Friedenskampf braucht Persönlichkeiten. Warum ist Sahra Wagenknecht nicht ständig damit unterwegs?

Karl-Heinz: Das Corona-Thema hat prinzipiell nichts in der Friedensbewegung verloren. Wir dürfen uns aber nicht an der Diffamierung der Corona-Kritiker beteiligen. Als klassische Friedensbewegung gilt für uns die Konzentration auf unsere originären Themen. Dazu gehörte auch schon immer (im weitesten Sinne verstanden) die soziale Frage, da Rüstungsausgaben immer mit Unterfinanzierungen in sozialen Bereichen einher gegangen sind und dieses auch aktuell vor allem bei den Gewerkschaften als Bündnispartner präsent ist.

Christiane: Es gibt viele eigenständige Bewegungen, aber wir werben für engeres Zusammenwirken, wo immer sich das anbietet. Handwerker für den Frieden hat es auch in der alten Friedensbewegung schon gegeben. So wertvoll, dass sich das entwickelt. Faschistische Gefahr sind heute nicht nur AfD und andere. Wir müssen uns fragen: Wie entwickeln sich die aggressivsten Teile des Finanzkapitals gemäß der alten Dimitrov-Definition des Faschismus?

Hannes Hofbauer: Für den 26. Nov. ist in Wien große Friedensdemo geplant. Wir müssen mehr einen Blick auf die politische Mitte werfen, z.B. Klaus von Dohanyi, der in seinem jüngsten Buch zwar nationalistisch aber auch antiimperialistisch ist. Friedensbewegung muss die breite Bevölkerung werden und nicht eine linke Bewegung.

Anhang: Zensurmechanismen im digitalen Zeitalter

Auszug aus dem Buch von Hannes Hofbauer:
Zensur - Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung

Die technische Entwicklung einer Durchdigitalisierung von immer mehr Arbeits- und Lebensbereichen spielte monopolartig auftretenden Medienkonzernen die Definitionshoheit von Meinungs- und Pressefreiheit in die Hände, die sie – mit staatlicher bzw. EU-suprastaatlicher Unterstützung – für sich zu nutzen wissen.

Das jahrzehntelang gültige Narrativ, wonach Fortschritt und Menschenrechte aus den Tiefen des westlichen Kulturkreises kämen, droht seine Attraktivität und somit auch seine Gültigkeit zu verlieren. Um diesen Verlust aufzuhalten, ist vor allem Brüssel angetreten, die EU-europäischen Völker mit anfangs verdeckten und später immer offener formulierten Wahrheitsdekreten zu versorgen, auf dass die historische, politische und kulturelle Lesart der Selbstdarstellung möglichst alternativlos das diskursive Terrain beherrscht.

Mit Gesinnungsgesetzen gegen Meinungsfreiheit

Der erste massive Vorstoß gegen die Meinungsfreiheit im 21. Jahrhundert kam am 28. November 2008 über einen EU-Rahmenbeschluss. Seidenweich verpackt in antirassistisches Vokabular, wandte sich dieser Beschluss vordergründig gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wogegen wirklich niemand etwas einwenden konnte.

Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurden darin aufgefordert, Erniedrigungen von Minderheiten vorzubeugen und ihre jeweiligen nationalen Gesetze entsprechend anzupassen. Es ginge, so im Text des Rahmenbeschlusses, um »die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit«. Soweit, so klar, aber nicht so unmissverständlich.

Denn hinter den hehren Worten verbarg sich ein Gesinnungsparagraph, der es in sich hat. Schon in Artikel 1 des EU-Rahmenbeschlusses geht es zur Sache. Es heißt dort :

»Jeder Mitgliedsstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass folgende vorsätzliche Handlungen unter Strafe gestellt werden: das öffentliche Billigen, Leugnen oder gröbliche Verharmlosen von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit/Menschheit und Kriegsverbrechen im Sinne der m Artikel 6,7 und 8 des Status des Internationalen Strafgerichtshofs.«

Damit war die Katze aus dem Sack. Denn hinter der Fassade des Antirassismus und der Menschenliebe lugte mit einem Mal der unbedingte Wille hervor, die Definitionshoheit über Völkermord zu erlangen und Zweifel daran unter Strafe zu stellen.

Man mag dazu unbedarft einwenden, dass es wohl vernünftigerweise niemanden geben wird, der einen Völkermord billigt oder leugnet. Es stellt sich aber die Frage, wer dazu auserkoren wird, kriegerische Auseinandersetzungen – und um solche handelt es sich bei dieser Debatte in den meisten Fällen – als völkermörderisch einzuschätzen oder eben nicht.

Ein damals und bis heute virulentes Beispiel mag die Schwierigkeit bei der Definition sein, weil dahinter ein Kampf um die Deutungshoheit geopolitischer Ereignisse bzw. Verschiebungen tobt.

Im bosnischen Bürgerkrieg zur Mitte der 1990er Jahre war die muslimische Seite schnell mit der Zuordnung »Völkermord« für serbisch-bosnische Kriegshändel bei der Hand. Insbesondere den Massakern vom Juli 1995 in der Bergarbeiterstadt Srebrenica wurde von der muslimisch-bosnischen Führung die Punze »Völkermord« aufgedrückt.

Die serbisch-bosnische Seite wiederum bestritt (und bestreitet bis heute), dass es sich dabei um eine willentliche Ausrottung aus ethnischen Gesichtspunkten gehandelt habe, was der UN-Definition von Genozid entspräche.

Mitten im Völkerschlachten hatten beide Seiten Kriegsverbrechen begangen und die jeweils andere nicht geschont. Nun im Nachgang zum Bürgerkrieg nur eine Seite des schwersten Verbrechens zu bezichtigen, mag für die muslimische Seite aus strategischer Sicht auch in Hinblick auf ihren Gründungsmythos verständlich sein, hält aber der grausamen Kriegswirklichkeit nicht Stand.

Für unser Zensur-Thema von Bedeutung ist, dass ausgerechnet die Europäische Union in einem Rahmenbeschluss die Leugnung von Völkermord unter Strafe stellt. Immerhin waren 14 ihrer Mitgliedstaaten im ersten Out-of-Area-Einsatz der NATO in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien im März 1999 beteiligt.

Die Durchsetzung der Erzählung, es habe sich dabei eben nicht um einen ohne UN-Mandat durchgeführten Überfall auf Belgrad gehandelt, sondern um einen unvermeidbaren Einsatz zur Verteidigung von Menschenrechten, steht ganz oben auf der Agenda der damals 19 NATO-Mitgliedsstaaten. Dadurch sollen die 78 Bombentage und Bombennächte gerechtfertigt werden.

Spätestens im Jahr 2013 hätte der EU-Rahmenbeschluss in nationale Gesetze gegossen sein sollen. In Deutschland könnte der Paragraph 130 StGB (Volksverhetzung) für das Leugnungsverbot in Beschlag genommen werden, wobei bis zum Winter 2021/22 explizit nur die Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen erwähnt wird. Die Vorgaben der Europäischen Union, diesen Straftatbestand breiter auszurollen und damit über die Leugnung des Holocausts hinausgehende Gesinnungsparagraphen zu implementieren, bleiben aufrecht.

Mit einer »Task force« gegen unliebsame Veröffentlichungen

Die Geschehnisse rund um den Kiewer Majdan und den verfassungswidrigen Regimewechsel ließen in der Europäischen Union die Alarmglocken läuten. Ein anfänglich friedlicher Protest von Jugendlichen gegen die Entscheidung des Präsidenten Janukowitsch zur Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens war in Windeseile von rechtsradikalen Paramilitärs unterlaufen und für ihre Zwecke des Machtwechsels instrumentalisiert worden.

Transatlantische Außenpolitiker wie der deutsche Außenminister Guido Westerwelle und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton mischten sich in den ersten Dezemberwochen 2013 zwischen Molotow-schmeißende Aktivisten der rechtsradikalen Organisation »Swoboda«, um ihre Solidarität mit der – wie sie es nannten – ukrainischen »Demokratiebewegung« zu zeigen.

»Swoboda« nimmt für sich in Anspruch, die Nachfolge der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN) angetreten zu haben, die unter anderem den Massenmord an den Lemberger Juden Anfang Juli 1941 verantwortet.

Das im Westen gepflegte Narrativ, es handle sich bei der Majdan-Besetzung um eine Demokratiebewegung, widersprach allerdings den Bildern, die täglich aus Kiew in die EU-europäischen Haushalte gelangten.

Peinlicherweise waren es russische Medien vor Ort, die in englischer, deutscher, französischer und spanischer Sprache verstörende Berichte sendeten. Da konnte man Aktivisten von »Swoboda« oder dem »Rechten Sektor« sehen, wie sie Brandbomben auf Polizisten warfen oder mit Schusswaffen gegen Ordnungskräfte vorgingen. Die Mär von der friedlichen Revolution demokratiebewegter Bürger hielt den Tatsachen vor Ort nicht Stand.

Brüssel sorgte sich um sein Narrativ. Dieses baute darauf auf, mittels einer wirtschaftlichen Assoziierung die Ukraine an die EU heranzuführen, unterstützt von einer friedlichen Demokratiebewegung.

Stattdessen sah man bewaffnete Paramilitärs, die auch außerhalb des Majdan Jagd auf Unterstützer des alten Präsidenten machten und bald darauf eine irreguläre Armee bildeten, die im Osten der Ukraine gegen Russisch-sprachige und Kiew-Kritiker ins Feld zog.

Es waren die negativen Erfahrungen in der Kommunikation mit den Abläufen am Kiewer Majdan und dem Regimewechsel in der Ukraine, die Brüssel veranlassten, harte Maßnahmen gegen russische Medien zu erlassen. EU-Kommission und EU-Parlament wollten für die weitere Entwicklung ein möglichst unwidersprochenes Meinungsmonopol garantieren. Darin durfte das Bild einer sich nach Demokratie und westlicher Lebensweise sehnenden ukrainischen Bevölkerung nicht durch die rechtsradikale und nationalistische Kiewer Wirklichkeit gestört werden.

Zumindest den BürgerInnen der Europäischen Union war nur eine hehre, demokratische, rechtmäßige und friedliche Ukraine zumutbar. Deshalb gründete Brüssel im März 2015 ein *»Strategisches Kommunikationsteam Ost«* (»East StratCom Task Force«); es war ein erster Vorläufer einer De-facto-Zensurbehörde zur Durchsetzung des eigenen Narrativs. In allen EU-Mitgliedsstaaten wurden dafür mediale Einsatzkommandos implementiert.

Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Die Idee des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes war es ursprünglich, die global agierenden Kommunikationskonzerne und Datensammler ein wenig an die rechtsstaatliche Leine zu legen. Sie sollten zur Mitwirkung an der Verfolgung krimineller Handlungen verpflichtet werden. Dazu wurde Facebook, YouTube, Twitter, Instagram & Co. die Pflicht zur Durchsicht der von ihnen verbreiteten Inhalte auferlegt. Vergleichsweise hohe Strafen bei Zuwiderhandeln bzw. Fahrlässigkeit untermauerten den staatlichen Willen zur Kontrolle.

Das NetzDG trat mit 1. Oktober 2017 in Kraft und wurde seitdem mehrfach ergänzt. Der damalige deutsche SPD-Justizminister Heiko Maas stellte sein Gesetzeswerk am liebsten in einer Weise dar, damit das Böse aus dem Internet verdammen zu wollen. Tatsächlich konzentrierte sich das Augenmerk in Windeseile auf die Verfolgung von »*Hasskriminalität und strafbare Falschnachrichten*«, wie es auf der Homepage des Justizministeriums heißt.

Die interpretative Dehnbarkeit der beiden Begriffe gibt zu denken, denn weder »Hass« noch »Falschnachricht« können mit einer brauchbaren juristischen Definition aufwarten. Sie bieten sich geradezu in idealer Weise als politischer Bauchladen an, aus dem heraus sich – je

nach Thema und Themenhoheit – der Staat und/oder der Konzern bedienen kann, sprich: seine Löschung betreiben oder seine juristische Verfolgung starten kann.

»Fake News« sind es denn auch, also Falschnachrichten, die hauptsächlich im Visier des neuen Zensorenregimes stehen, das für konkrete Zuständigkeit kaum fassbar irgendwo zwischen Berliner Justizministerium und US-amerikanischen Konzernzentralen angesiedelt ist. Denn das NetzDG funktioniert bzw. soll nach dem Prinzip der »regulierten Selbstregulierung« funktionieren.

Im Klartext : Diejenigen, die in ihrer Macht beschränkt werden sollen, also Facebook, YouTube und Co., werden in die rechtsstaatliche Verantwortung inkludiert; oder, wie es der Chefredakteur von »netzpolitik.org«, Markus Beckedahl, in einem Gastkommentar für die Süddeutsche Zeitung am 28. Juni 2017 auf den Punkt bringt: Das NetzDG

»nimmt die Rechtsauslegung über potenziell strafbare Inhalte und die Entscheidung darüber, was offensichtlich strafbar ist, aus der Verantwortung von Gerichten und überträgt sie den Plattformen.«